Ernst Würzburger, »Der letzte Landsberger«. Amnestie, Integration und die Hysterie um die Kriegsverbrecher in der Adenauer-Ära, Holzwinden: Mitzkat 2015, 329 S., EUR 17,80 [ISBN 978-3-940751-97-3]

Besprochen von **Clemens Vollnhals**: Dresden, E-Mail: clemens.vollnhals@mailbox.tu-dresden.de

DOI 10.1515/mgzs-2016-0131

Hans Schmidt, der Adjutant des KZ-Lagerkommandanten von Buchenwald, war der letzte von amerikanischen Gerichten verurteilte Kriegsverbrecher, dessen Todesstrafe am 7. Juli 1951 (zusammen mit sechs weiteren Personen) in der Haftanstalt Landsberg auch vollstreckt wurde. Sein Fall steht im Mittelpunkt der vorliegenden Studie, die in weiten Teilen zugleich eine Darstellung der Strafverfolgung von NS-Verbrechen ist – von den Anfängen des Nürnberger Hauptprozesses 1945 bis heute. Diese doppelte Anlage ist Stärke und Schwäche zugleich. Für den zeitgeschichtlich interessierten Leser gibt sie eine gestraffte, engagiert geschriebene Einführung. Für den Historiker bietet die eher journalistisch aufbereitete Darstellung – mit Ausnahme des Falles Schmidt – wenig Neues.

Hans Schmidt, geboren 1899, entstammte einer angesehenen Unternehmerfamilie in Höxter. Im Ersten Weltkrieg meldete er sich als Gymnasiast freiwillig zum Militärdienst, danach trat er einem Freikorps bei und diente bis 1920 als Fähnrich in der Reichswehr. Nach einem abgebrochenen Studium arbeitete Schmidt später im väterlichen Zementgeschäft mit, das in den 1930er Jahren immer schlechter florierte, zumal das Familienvermögen unter der Hyperinflation von 1923 stark gelitten hatte. Der NSDAP schloss sich Schmidt im August 1932 an, wenige Monate später auch der SS. 1935 heiratete er die Tochter eines Tiefbauunternehmers, die

ebenfalls der NSDAP angehörte. Vermutlich war es die schlechte wirtschaftliche Lage, die Schmidt 1939, noch vor dem Überfall auf Polen, zum hauptamtlichen Dienst in den SS-Totenkopfverbänden motivierte. Dort avancierte er zum Adjutanten des Kommandanten des SS-Sonderlagers Hinzert im Hunsrück, Hermann Pister. Im September 1942 holte ihn Pister, inzwischen Lagerkommandant des KZ Buchenwald, als Adjutant und SS-Gerichtsoffizier in seinen Stab. In dieser Funktion bekleidete Schmidt eine Schlüsselstellung, bis er sich am 11. April 1945 mit einem Großteil des Kommandanturstabes nach Zell am See (Österreich) absetzte, wo er schließlich in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet.

Im Zuge der von amerikanischer Seite geführten Dachauer Prozesse, einer Serie mit insgesamt 489 Verfahren gegen 1672 Angeklagte, begann im April 1947 auch der Buchenwald-Hauptprozess. Im Mittelpunkt all dieser Verfahren standen jedoch nur Straftaten, die seit Kriegsbeginn 1939 an Bürgern oder Angehörigen der alliierten Streitkräfte begangen worden waren, nicht jedoch Verbrechen an Deutschen oder Juden. Das Gericht verurteilte 22 Angeklagte, darunter den Kommandanten Pister und seinen Adjutanten Schmidt, zum Tod durch Erhängen. Fünf Angeklagte erhielten eine lebenslängliche Freiheitsstrafe, darunter Prinz Josias zu Waldeck-Pyrmont und Ilse Koch, vier weitere Haftstrafen zwischen 10 und 20 Jahren. Von den Todesstrafen wurden neun noch 1947 vollstreckt.

Sehr detailliert schildert die Studie die sich bald formierende Gnadenlobby zugunsten verurteilter »Kriegsverbrecher«, wie der zeitgenössische Terminus lautete. Dieser Begriff ignorierte das Faktum, dass es sich zumeist um NS-Verbrechen ohne direkten Bezug zu militärischen Kampfhandlungen handelte. Die Speerspitze des beleidigten Nationalgefühls bildeten evangelische und katholische Kirchenführer, die sich mit ihrer moralischen Autorität nicht nur gegen den Vollzug der Todesstrafe wandten, sondern zunehmend die alliierten Urteile als Ausfluss einer generell ungerechten Siegerjustiz diffamierten. Auch Schmidt, der 1948 wieder in die evangelische Kirche eingetreten war, kam in den Genuss einer völlig undifferenzierten Fürsprache: Er habe lediglich seine Pflicht getan. Die Gnadenlobby, nicht zuletzt beraten durch den »Heidelberger Juristenkreis« und publizistisch von der »Zeit« flankiert, wurde auch von der Bundesregierung gefördert, als mit Ausbruch des Koreakrieges der westdeutsche Militärbeitrag wieder zur Debatte stand. Diesem Druck beugte sich der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy, als er Mitte 1950 zahlreiche Urteile im Gnadenwege abmilderte, was die nationalistische Erregung allerdings kaum dämpfte. Im Falle von Schmidt bestätigten jedoch McCloy und General Thomas T. Handy, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, das Todesurteil. Etwas anderes wäre der amerikanischen Öffentlichkeit, welche die Horrorbilder aus den befreiten Konzentrationslagern noch nicht vergessen hatte, auch kaum zu vermitteln gewesen.

Befanden sich Anfang 1952 noch 687 NS- und Kriegsverbrecher in westalliiertem Gewahrsam, so sank ihre Zahl bis Ende 1954 auf 173. Die letzten vier wurden im Mai 1958 vorzeitig aus Landsberg entlassen. Drei von ihnen waren im Nürnberger Einsatzgruppen-Prozess wegen ihrer aktiven Mitwirkung an der Durchführung des Holocaust zum Tode verurteilt und von McCloy zu einer lebenslangen Haftstrafe begnadigt worden, der vierte war im Dachauer Dora-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Mit der Freilassung dieser völlig zu Recht verurteilten Massenmörder hatte die Gnadenlobby, deren Zusammensetzung den restaurativen Zeitgeist der Adenauer-Ära widerspiegelte, endlich ihr Ziel erreicht.

Aufgrund des Überleitungsvertrages, der 1954 das Besatzungsregime beendete, konnten NS-Täter, die von alliierten Gerichten verurteilt oder freigesprochen worden waren, von der deutschen Justiz nicht mehr belangt werden. Diese Regelung führte zu der paradoxen Situation, dass in späteren Prozessen hohe SS-Offiziere als Zeugen gegen Untergebene auftreten konnten, die zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, während die Befehlsgeber den Gerichtssaal unbehelligt verließen.